

## Rechts-, Links- und andere Populisten

instrumentalisieren aktuelles Geschehen für ihre eigenen Zwecke. Sie tun dies indem sie relevante Gewissheiten, Meinungen und Selbstverständlichkeiten aufgreifen um für komplexe Probleme einfache Lösungen zu bieten. Unter **Ausnutzung des mangelnden Wissensstandes** der Bevölkerung versuchen Populisten dauerhaft eine bestimmte Konfliktlinie im politischen und wirtschaftlichen Feld zu errichten.

Rechtspopulisten trennen zwischen „fleißigen Anständigen“ und „arbeitsscheuen Kriminellen“. Sie trennen zwischen „Inländern“ und „Ausländern“, zwischen „wir da unten“ und „die da oben“ – kurz zwischen „wir und „sie“. Als politische Lösung empfehlen sie die Bewegung mit ihrem Führer zu wählen: „Er ist für euch“. Traditionellerweise greifen sie bei Gelegenheit auch auf faschistisches, nationalsozialistisches sowie rassistisches Gedankengut zurück und verbinden es mit real existierenden Problemen. Rechtes Gedankengut ist in einigen Staaten der EU im Vormarsch. Trotzdem muss man zwischen dem führenden Personal der rechtspopulistischen Parteien und ihren Wählern **unterscheiden**. So ist zum Beispiel der Erfolg der rechtspopulistischen Parteien bei den Nationalratswahlen in Österreich in erster Linie auf den Protest gegen die Politik der Regierungsparteien zurück zu führen und nicht auf einen subjektiven großen Rechtsruck in der Bevölkerung(siehe dazu die Analyse des Wahlverhaltens im STANDARD vom 30.09.08).

Aber Verwirrung kann sich verfestigen, wenn sie nicht durch konsequente problemorientierte Politik einer solidarischen Lösung zugeführt wird.

Auch andere Parteien pflegen bei Bedarf den Populismus. Er fällt dort nur weniger auf, weil bei streng verbaler Abgrenzung gegen den Rechtsextremismus der Wissensmangel der Bevölkerung geschickt genutzt wird.

Ist es denn nicht populistisch, wenn erst **nach** der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon bei weit reichenden Veränderungen in der EU eine Volksabstimmung erfolgen soll? Im Gegensatz zur Bevölkerung wissen führende Politiker ganz genau, dass mit dem Vertrag von Lissabon die **neoliberale** Ausrichtung der EU **für lange Zeit festgezurr**t ist.

Ist es denn nicht populistisch, wenn in Österreich kurz vor der Nationalratswahl eine Sozialleistung nach der anderen beschlossen wird ohne **gleichzeitig** die langfristige Finanzierung sicher zu stellen? Im Gegensatz zur Bevölkerung wissen führende Politiker ganz genau, dass **ohne** massive steuerliche Umverteilung von oben nach unten die Leistungen von heute schon die Belastungen von morgen bedeuten- bevorzugt natürlich an einem anderen Punkt. Die nach der Wahl festgelegten massiven Preiserhöhungen staatlicher Energieversorger werfen da ein deutliches Schlaglicht.

Ist es den nicht populistisch, wenn führende Politiker **nun** angesichts der gewaltigen Krise im Finanzsektor die negativen Auswüchse im Finanzkapitalismus heftig kritisieren? Haben sie denn nicht **mit ihrer jahrzehntelangen Politik** der Deregulierung, dem Abbau von Kapitalverkehrskontrollen und der Bevorzugung von Kapitalmarktlösungen gegenüber staatlich gelenkten sozialen Sicherungssystemen **erst den Boden dafür aufbereitet**?

Haben die führenden Politiker den nicht mit ihren EU-Verträgen **dafür gesorgt**, dass infolge des Vorranges der vier Grundfreiheiten(freier Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr) die unsichtbare Hand des freien Marktes erst so richtig loslegen konnte?

Nun treten sie angesichts des ungeheuren Schadens nicht zurück, sondern wollen uns aus der Krise führen. Werden sie denn die Unsummen, die zur Reparatur des Systems vonnöten sind wenigstens in erster Linie von den zehn Prozent der Bevölkerung holen, die zwei Drittel des gesellschaftlichen Vermögens besitzen? Laut KURIER(vom 18.10.08) eher nicht: Die SPÖ- Verhandler verzichten auf die Forderung nach einer Vermögenszuwachssteuer zur Finanzierung des Gesundheitssystems!

Von allen Populisten haben es die Linkspopulisten am schwersten. Sie reden von der Notwendigkeit des Sozialismus. Damit haben sie historisch gesehen recht!

Der Kapitalismus **wird** eines Tages von einem anderen System abgelöst werden. Allein schon der weltweite ungeheure Misserfolg beim Verteilen des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums wird dazu führen.

Doch die Linkspopulisten haben aus dem vergangenen Jahrhundert nicht die notwendigen Schlüsse gezogen.

Die radikalen Sozialisten und Kommunisten haben in ihrem Einflussbereich aus der bürgerlichen Demokratie die Diktatur des Proletariats gemacht. Aus der machten sie die Diktatur der Partei und schließlich die Diktatur des Zentralkomitees. Und am Ende stand die Diktatur der großen Führer. Die monströse Ausformung des politischen Überbaus trug wesentlich dazu bei, dass im wirtschaftlichen Bereich der Kapitalismus weder in der Produktivität noch in der (angewandten) Wissenschaft auch nur eingeholt werden konnte. Als historische Versager implodierten die realsozialistischen Länder einfach und China rettete sich vorläufig in einen rabiaten Manchester- Kapitalismus.

Je radikaler sie sind, desto mehr reden Linkspopulisten von der Diktatur der arbeitenden Klassen. Aus dem stalinistischen Terror haben sie vielleicht gelernt. Aus der Niederschlagung der Kronstädter Matrosen haben sie noch zu lernen. Die Unfähigkeit der radikalen Linken aus ihren eigenen historischen Fehlern zu lernen hat wesentlich dazu beigetragen, dass ihnen in der Wahlzelle auch dann keine Beachtung geschenkt wird, wenn sie richtige Inhalte vertreten.

Die gemäßigten Linkspopulisten sozialdemokratischer Spielart haben sich in eine andere Richtung verirrt. Vor lauter Stabilisierung des Systems haben sie die **grundsätzliche Kritik** am Kapitalismus aus den Augen verloren. Reformen sind im allgemeinen schon günstiger für die Bevölkerung als eine Revolution- sie ersparen viel menschliches Leid. Aber das tun sie auf Dauer nur, wenn sie an **die Wurzel der zu lösenden Problemen** gehen. Das Abfedern von kapitalistischen Katastrophen reicht langfristig nicht aus. Kein Reformversagen der europäischen Sozialdemokratie war schlimmer als das Einschwenken auf eine neoliberale Steuerpolitik: Die reichen Vermögensbesitzer zahlen anteilmäßig weniger als Lohnabhängige und gemessen an ihrer Leistungskraft viel zu wenig.

Da die etablierten politischen Parteien schon seit Jahrzehnten **sowohl** in der Analyse des Kapitalismus **als auch** in der Umsetzung von an die Wurzel gehenden, die Lage der Bevölkerungsmehrheit verbessernden Reformen versagen, muss sich die Zivilgesellschaft **selbst helfen**. Die wachsende Zahl und Bedeutung von NGO's trägt diesem objektiven Zustand Rechnung.

Allerdings kann ihre Wirksamkeit weder in der strategischen inhaltlichen Ausrichtung noch im flächendeckenden Auftreten derzeit den Notwendigkeiten genügen. Vor allem ist es noch nicht gelungen, sich wirkungsvoll in den parlamentarischen demokratischen Prozess einzuschalten. Die jüngste Nationalratswahl lieferte dafür ein ausdruckskräftiges Beispiel- mit allen negativen Konsequenzen.

Wir alle, NGO's, kritische Wissenschaftler und Kunstschaffende inklusive sind dafür verantwortlich, endlich einen **breiten Zusammenschluss** voranzutreiben. Er ist die unbedingte Voraussetzung dafür, in einer **strategischen Aktionseinheit** den Neoliberalismus endlich zu **stoppen** und dann eine Umverteilung in der ökologisch notwendigen Form durchzuführen.

Die Krise des Finanzkapitals, der bereits ein allgemeiner Abschwung auf dem Fuße folgt, erhöht noch die Dringlichkeit eines koordinierten Vorgehens. In Verbindung mit dem Klimawandel und dem allgemeinen Raubbau an der Natur ist eine gesellschaftliche Situation entstanden in der ein **neuer Ansatz politischen Handelns** (gestützt auf wissenschaftliche Unterstützung) der positive Ausweg ist.

Immer wenn die **politische Selbstreinigungskraft** der Gesellschaft nicht ausreichend funktioniert, dann hat rabiaten Populismus Hochsaison. Lassen wir uns die ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts rechtzeitig eine Warnung sein!

Wenn wir **selbst** unsere Zukunft nicht in die Hand nehmen, dann werden es andere tun. Aus historischer Erfahrung wissen wir, dass **Verzweiflung ohne konkrete Hoffnung** sehr wohl in eine **allgemeine gesellschaftliche Brutalität** umschlagen kann.

Hans Kohlmaier, 21.10.2008

[www.umverteilung.at](http://www.umverteilung.at)